

Hefte aus Burgscheidungen

Gerald Götting

Für die Rettung der Nation –
Zusammenarbeit
aller friedliebenden Deutschen



144

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU – Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn – Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 **Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation**
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landesbischofs Lilje – Eine Auseinandersetzung
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns
- 95 Wolfgang Heyl: Glanz und Elend der Adenauer-CDU
- 98 Gerald Götting: Wir stärken die politisch-moralische Einheit unseres Volkes
- 99/100 Siegfried Welz: Auf Sand gebaut – Die amerikanischen „Europa“-Pläne nach 1945
- 102 Alwin Schaper: Der Sieg der nationalen Selbstbestimmung im Zeitalter des Sozialismus
- 103 Heinz Willmann: Friedensidee und Friedensbestrebungen in unseren Tagen

Hefte aus Burgscheidungen

Gerald Götting

Für die Rettung der Nation – Zusammenarbeit aller friedliebenden Deutschen

1965

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union

*Rede des Generalsekretärs der CDU auf der Tagung des
Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen
Deutschland am 18. November 1965*

Der Nationalrat ist heute zusammengekommen, um darüber zu beraten, was getan werden muß, um dem Generalangriff der Monopole auf die Grundinteressen der Bürger Westdeutschlands und der damit verbundenen Gefahr für die Nation zu begegnen. Nachdem die CDU/CSU mit betrügerischen Versprechungen Millionen Bürger irreführt hat, präsentiert sie jetzt mit Erhards Regierungserklärung aggressiv und zynisch ihren eigenen Wählern wie der gesamten westdeutschen Bevölkerung die kostspielige Rechnung.

Diese Rechnung sollen die fleißigen Bürger Westdeutschlands auf vielfältige Weise aus ihrer Tasche zahlen und sich auf den verschiedensten Lebensgebieten Einschränkungen und Beschneidungen gefallen lassen. Die Notstandsdictatur soll sichern, daß das Volk den räuberischen Erpressungen der Monopole keinen Widerstand leistet. Dem Macht und Profit hunger, dem Expansionsdrang von hundert Milliardenfamilien der Bundesrepublik soll durch eine abenteuerliche Aggressionspolitik Leben und Gut der Millionen Menschen geopfert werden. Erhards Programm des sozialen Rückschritts, der Revancheforderung, der Hallsteindoktrin, der Atombewaffnung verewigt mit seiner Absage an jegliche reale Politik und jede Verständigung die Spaltung Deutschlands.

Dazu kann ein Deutscher,

- der sein Volk liebt,
 - dem das Wohlergehen der schaffenden Menschen am Herzen liegt,
 - der für Demokratie und Wiedervereinigung ist und
 - der die Erhaltung des Friedens als wichtigste Voraussetzung für das Glück der Nation hält,
- nicht schweigen.

Das von Erhard vorgetragene Regierungsprogramm zeigt eindeutig, daß es der CDU/CSU um die schrankenlose Herrschaft der Millionäre geht. Die führenden Männer der CDU/CSU haben zwar immer wieder die Behauptung aufzustellen versucht, sie verwirklichten die besten Traditionen deutscher christlicher Sozialpolitik; für den christlichen Sozialpolitiker stehe im Mittelpunkt all seiner Pläne und Bemühungen der Mensch. Ihre Taten aber beweisen das Gegenteil. Sie verraten und verkaufen die Interessen von Millionen schaffender Menschen zugunsten des Wohlergehens der Millionäre.

Die CDU in der Deutschen Demokratischen Republik weiß sich mit allen Kräften der Nationalen Front und mit Millionen Deutschen im Bonner Staat eins, wenn sie dazu aufruft,

der Verwirklichung des Programms der Erhard - Regierung energisch und wirksam entgegenzutreten. Das entspricht den Grundsätzen ihrer Gründung vor 20 Jahren in der deutschen Hauptstadt Berlin. Damals riefen wir nach „der schwersten Katastrophe“ Deutschlands „die christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte zur Sammlung, zur Mitarbeit und zum Aufbau einer neuen Heimat“. Heute rufen wir in diesem Geist, vereint mit Millionen zwar in vielen Fragen andersdenkenden, aber national gleichgesinnten Menschen, zur Aktion, damit keine neue, noch schlimmere Katastrophe über uns komme!

Daraus ergibt sich Frage: Was ist zu tun, um der volksfeindlichen und friedensgefährdenden Politik der Monopole Einhalt zu gebieten? Welche Kräfte sind vorhanden, um die Politik in Westdeutschland so zu ändern, daß von deutschem Boden niemals mehr ein Krieg ausgeht? Wie kann man diese Kräfte mehren und erfolgreich in den Kampf führen?

Obwohl die CDU/CSU ihr Ziel, durch die Bundestagswahlen die absolute Mehrheit zu erhalten, nicht erreicht hat, gelang es ihr dennoch, noch einmal so viele westdeutsche Bürger zu gewinnen, daß sie zusammen mit der FDP eine den Monopolherren hörige Regierung bilden konnte. Das war möglich, weil die Unionsparteien das Volk zynisch belogen. Mit der Losung „Sicher gehen — darum CDU wählen!“ machte die Regierungspartei mehr als 15 Millionen Wähler glauben, hier sei die Kraft, die den Wohlstand geschaffen habe und ihn nun auch zu erhalten und zu mehren vermöge. Pausenlos hämerten Monopolpresse, Rundfunk und Fernsehen diese Lüge in die Hirne der schlecht informierten Menschen. Wie weiland Hitler von der Volksgemeinschaft sprach, um die Ausbeutung durch die Monopole zu vertuschen, so erfand die CDU/CSU die Klassenharmonie und die sogenannte „formierte Gesellschaft“. Mit Hilfe von Nationalismus und Antikommunismus schwindelte sie dem Bundesbürger, dessen politische Bildung sie verhindert hatte, vor, Sicherheit bedeute, stark zu sein gegen „die offene Aggression aus dem Osten“. Sicherheit bedeute, kein Risiko einzugehen, und sei es auch das einer sozialdemokratischen Regierung.

Der Betrug am Wähler, den die Machthaber in Bonn jetzt offen verhöhnern, wurde erleichtert, weil die SPD nichts tat, um die Behauptung, daß Erhard das Wirtschaftswunder geschaffen habe, als Lüge zu entlarven und zu beweisen: Nicht Erhard und die Monopole haben Wohlstand begründet, sondern die Arbeiter, die Bauern, die Handwerker, die Angestellten und die Intelligenz.

Es zeigt sich schließlich nicht erst nach der Septemberwahl 1965, daß die Monopole den hohen Stand der Technik sowie den Fleiß, das Wissen und das Können von Millionen ausnutzen, um sich zu bereichern und zu rüsten. Hätte die SPD nachgewiesen, daß Erhards Programm nicht zur Erhaltung des Erreichten und zur weiteren Verbesserung des Lebensstandards der schaffenden Menschen führt, sondern zu Notstand und Krieg — Millionen hätten der CDU und CSU ihre Stimme versagt. Hätte die SPD gezeigt, wie das Einkommen der Arbeiter und Angestellten gesichert und gesteigert, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter durchgesetzt, die sozialen Leistungen verbessert, die Bildung erhöht, das Ansehen Westdeutschlands gehoben und der Frieden gefestigt werden könne, hätte sie also eine echte Alternative zur CDU/CSU geboten, dann allerdings hätte die SPD ihr Wahlziel erreicht und nicht die Kriegsparteien; die SPD wäre wählerstärkste Partei geworden. Daraus erwächst der Schluß, daß, um den Angriff der Monopole auf die Lebensinteressen des Volkes und die Zukunft der Nation abzuwehren, eine echte, breiteste Volksschichten erfassende, einigende Alternative erforderlich ist.

Sie durchzusetzen ist möglich, wenn die mehr als 13 Millionen Wähler, die gegen die CDU/CSU stimmten, sich mit jenen Millionen zusammenfinden, die sich angesichts des Erwachens, das die Regierungserklärung Erhards und das Sparprogramm mit sich bringen, jetzt enttäuscht von der CDU/CSU abwenden. Das zu erreichen erfordert jedoch völlige Klarheit über Ausmaß und Zusammenhänge der sozialreaktionären, antidemokratischen und antinationalen Politik der Bonner Regierung.

Der Ausgang der Bundestagswahlen hat, wie die Regierungserklärung Erhards beweist, keine der brennenden sozialen und nationalen Fragen einer Lösung im Interesse des Volkes nähergebracht. Im Gegenteil, die Macht der Konzerngewaltigen über das Volk wurde verstärkt. Damit sind die Widersprüche zwischen den Bonner Machthabern und dem eigenen Volk, zwischen Westdeutschland und den Völkern Europas größer geworden.

Es erhebt sich die Frage: Wer hat eigentlich in Westdeutschland nach dem Willen der Regierung noch etwas zu sagen?

Wenn die Gewerkschaften ihre gerechten Forderungen nach einer den Interessen des Volkes dienenden Politik erheben, dan wird das als unzulässiger Druck „von der Straße auf das Parlament“ abgelehnt. Wenn die Atomwissenschaftler warnend ihre Stimme erheben gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr, dann werden sie als weltfremde Gelehrte diffamiert

und ihnen die Fähigkeit abgesprochen, in politischen Dingen mitzuentcheiden. Wenn die Künstler entsprechend ihrer humanistischen Verantwortung gegen Kulturbarbarei und Kriegshysterie Stellung nehmen, werden sie als „Pinscher“ beschimpft, denen die Fähigkeit mangelt, in politischen Kategorien zu denken. Wenn die Kirchen gemäß ihrem christlichen Auftrag für Verständigung, Versöhnung und friedliche Koexistenz eintreten, dann schießt man auch gegen sie aus allen Rohren und möchte auch sie politisch entmündigen.

Daß der 5. Bundestag und die von ihm gewählte Regierung Instrument der großen Banken und Konzerne sind, dessen rühmt sich sogar die westdeutsche Monopolpresse. Am 25. September schrieb der „Industriekurier“:

„Betrachtet man z. B. die Gruppe der Unternehmer, Groß- und Einzelkaufleute, der Manager und anderer in leitenden Positionen der Wirtschaft tätigen Persönlichkeiten, so ergibt sich die Tatsache, daß die Repräsentanten der deutschen Wirtschaft im Bundestag entgegen früheren Befürchtungen eher gestärkt worden sind.“

Ein erster Überblick über die neuen Mitglieder des Bundestages ergibt, daß ein gutes Hundert der Abgeordneten unmittelbar Vertreter der führenden Banken und großen Monopole sind, vor allem der Chemiekonzerne und solcher bekannter Verderber der Nation wie Krupp, Thyssen, Klöckner und Flick. Die Unternehmer-Vereinigungen – die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, der Bundesverband der deutschen Industrie und der Deutsche Industrie- und Handelstag – setzen die Interessen der führenden Monopole im Bonner Parlament durch. Die „Westfälische Rundschau“ vom 9. April 1965 schrieb dazu:

„Ob es sich um die Konservierung von Nordseekrabben oder um die Beimischung von deutschem Tabak, ob es sich um Kriegsofferrenten, um die Oder-Neiße-Linie oder um Rüstungsaufträge handelt, ob ein Weingesetz, ein Lebensmittelgesetz, eine Steuerreform oder die Errichtung von Handelsmissionen in Osteuropa debattiert werden – immer sind die Interessensverbände zur Stelle, und immer schicken sie ihre parlamentarischen Stoßtrupps ins Feuer.“

Parlament und Regierung sind also nicht die ausschlaggebenden Kräfte. Beherrscht wird die Bundesrepublik durch die Banken und Monopole. Ungekrönter König des westdeutschen Staates, Beherrscher des gewaltigen Machtapparates, ist Herrmann Josef A b s. Sein Weg führte vom Verwalter der wirtschaftlichen Konkursmasse des im 2. Weltkrieg geschlagenen deutschen Imperialismus über die Kommandostelle des Wie-

deraufbaus der Konzerne und ihres gesellschaftlichen Systems in Westdeutschland bis an den Schalthebel der wirtschaftlichen und damit auch der politischen Macht in der Bundesrepublik.

Abs ist nicht nur der erste Mann des größten westdeutschen Finanzinstituts, der Deutschen Bank AG., sondern außerdem sechzehnfacher Aufsichtsratsvorsitzender großer Konzerne. In sechs Konzernen ist er stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats, außerdem Vorsitzender des Verwaltungsrates der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Deutschen Bundesbahn. Zu seinem Machtbereich gehören, um nur einige zu nennen, die IG Farben, die Daimler Benz AG., die Dortmund-Hörder Hüttenunion, die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke AG., die Vereinigten Glanzstoff-Fabriken AG. in Wuppertal-Elberfeld. Zu seinen engsten Verbündeten gehören u. a. Flick und Krupp. Die unmittelbaren Abs-Unternehmungen beuten 1,2 Millionen Menschen aus und haben einen Jahresumsatz von 58 Milliarden DM.

Ein Stirnrunzeln von Abs genügt heute bereits, um über Millionen-Kredite, über den Aufstieg oder Niedergang großer Konzerne und über das Wohl und Wehe Tausender, ja Hunderttausender von Menschen zu entscheiden. „Hochfinanz und Politiker aller Länder“, so sagen seine Biographen, „sind seine Laufkundschaft“ und fügen das sinnige Wortspiel hinzu: „Es ist klar, A b s herrscht absolut.“ Dieser Mann regiert mit seiner Mannschaft von 87 Managern den größten Teil der westdeutschen Wirtschaft und bestimmt die Leitlinien der Politik. Ohne Zustimmung von Abs und seiner Mannschaft gäbe es keinen Bundeskanzler Erhard. Mit Abs und seiner Erhard-Regierung jedoch gibt es keine Demokratie für das Volk, sondern nur die Diktatur der Monopole. „Die Welt“ vom 11. November 1965 drückt in der ersten Einschätzung der Regierungserklärung ihre Freude darüber folgendermaßen aus:

„Gesetz oder, wenn man es deutlicher hören will, Zwang und Befehl, sind nicht zu entbehren, auch nicht in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik.“

Es ist auch klar, daß schon lange, bevor Erhard am 10. November seine Regierungserklärung verlas, die Vertreter der Rüstungskonzerne und Finanzmagnaten die Regierungspolitik und mit ihr verbunden das sogenannte Sparprogramm festgelegt hatten. Sie bestimmten, daß die Werktätigen beraubt werden und daß Wahlversprechungen – obwohl bereits in Gesetzen verabschiedet – rückgängig gemacht werden, daß die somit gewonnenen Milliarden den Profiten der Monopole zugeschlagen und der verstärkten Aufrüstung zugeführt werden.

Ein solches Regierungsprogramm entspricht lediglich den Interessen der Monopole, also der etwa 100 die Bundesrepublik beherrschenden Familien. Es entspricht nicht den Interessen der Millionen Arbeiter, Angestellten, Bauern, Ingenieure, Wissenschaftler, Handwerker und kleinen Unternehmer. Es erweist sich also, daß Macht und Streben der Bank- und Konzernherren im Widerspruch zu den Interessen des arbeitssamen und friedliebenden Volkes stehen.

Dieser Tatsache hatte die West-CDU einst in ihrem Kölner Gründungsauftrag selbst Rechnung getragen. Damals, 1945, verkündete sie: „Die Vorherrschaft des Großkapitals, der privaten Monopole und Konzerne wird gebrochen.“ Heute zeigt sich, daß die West-CDU diese Forderung niemals ehrlich gemeint hat, sondern sie nur aufstellte, um Millionen christlicher Werk-tätiger irrezuführen. Beweis dafür liefert das Erhard'sche Regierungsprogramm, das die Macht der Monopole nicht bricht, sondern sie festigt. Dieses Programm ist daher anti-sozial und antinational.

Das wird in der Zeit, in der wir leben, die geprägt ist vom raschen wissenschaftlich-technischen Fortschritt, von der Umstellung der Produktion, noch deutlicher sichtbar als je zuvor. Die technische Revolution kann dem Volk nur zum Guten dienen, wenn die Arbeiter, Angestellten und Wissenschaftler aktiv und in ihrem Interesse mitbestimmen. Ohne Mitbestimmung der Arbeiter, dem Schalten der Monopole allein überlassen, führt die technische Revolution zur tragischen und lebensbedrohenden Ausbeutung. Diese Ausbeutung bringt es mit sich, daß die Arbeitskraft bereits im Alter von 40 bis 50 Jahren erschöpft ist, daß immer mehr Arbeiter zu Frühinvaliden werden, den wachsenden technischen Anforderungen nicht standhalten können.

Mitbestimmung hingegen führt zu rechtzeitiger Umstellung der Produktion und zu entsprechender Vorbereitung der Arbeiter, führt zur Sicherung ihrer Gesundheit; Mitbestimmung sorgt dafür, daß die Umstellung auf neue Berufe nicht zu Lasten der Arbeiter, sondern aus den Monopolgewinnen finanziert wird. Mitbestimmung gewährleistet die soziale Sicherheit für den arbeitenden Menschen, indem die Vertreter der Arbeiter darüber wachen, wie die von ihnen erarbeiteten Gewinne zu ihrem Nutzen verwandt werden. Mitbestimmung führt schließlich und nicht zuletzt auch zur Einschränkung der Rüstungen.

So haben auch viele christliche Werktätige das Oberhaupt der katholischen Kirche, Papst Paul VI., verstanden, als er

in seiner Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen davon sprach, daß man die wunderbaren Energien der Erde und die prächtigen Erfindungen der Wissenschaft nicht mehr als Instrument des Todes, sondern als Instrument des Lebens für das neue Zeitalter der Menschlichkeit einsetzen soll. Sie wollen mitbestimmen im Geist der päpstlichen Worte, daß es sich nämlich bei all dem Neuen um das Leben des Menschen handelt und daß das Leben des Menschen heilig ist.

So haben viele katholische Arbeiterfamilien auch Papst Johannes XXIII. verstanden, als er in seiner Enzyklika „Pacem in terris“ feststellte, daß zu den Merkmalen unserer Zeit der wirtschaftliche und soziale Aufstieg der Arbeiterklasse gehört. Mitbestimmung fordern heißt, jenen Satz der Enzyklika verwirklichen, in dem gesagt wird:

„Deshalb sind die Arbeiter heutzutage auf der ganzen Welt besonders darauf bedacht, daß sie nie gleichsam nur als Sache ohne Verstand und Freiheit eingeschätzt werden, die andere willkürlich benutzen, sondern als Menschen in allen Bereichen menschlicher Gemeinschaft, d. h. auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, im Staat und schließlich auch auf dem Feld der Wissenschaft und Kultur.“

Der von den Gewerkschaften geführte Kampf um Mitbestimmung soll soziale Gerechtigkeit und Demokratie sichern und die Macht der Monopole einschränken. Das ist eine gerechte soziale, demokratische und nationale Forderung, ein im Grundgesetz verbrieftes Recht, ein jeden christlichen Werk-tätigen verpflichtender Kampf.

Die Bonner Regierungserklärung ruft dazu auf, weniger zu verbrauchen, sparsamer zu leben und mehr zu arbeiten. Sie verlangt, den verlorenen „Wahlgeschenken“ nicht nachzutrauern. Hier wird die Absicht vertuscht, sich die Taschen auf Kosten der Werk-tätigen noch mehr zu füllen. Es handelt sich um einen maßlosen Betrug der Monopole an denen, durch deren Fleiß die sogenannten Geschenke überhaupt erst erarbeitet wurden.

Erhard's Forderung, die tariflich festgesetzte Arbeitszeit um wöchentlich eine Stunde zu verlängern, bedeutet, daß jeder Arbeiter im Jahr mindestens 100,- DM weniger verdient als jetzt. Diese Stunde Arbeit wird ja gegenwärtig auch, allerdings unter Bezahlung eines Überstundenzuschlages, geleistet. Neu daran ist nur, daß diesen Zuschlag künftig der Unternehmer in seine Tasche steckt.

Erhard fordert, die „Naturschutzgebiete der Subventionen“ zu beseitigen. Das sind die Arbeiterfahrkarten der Bundes-

bahn, die Mieten im sozialen Wohnungsbau. Auch damit wird der Familienhaushalt der arbeitenden Menschen geschmälert. Die angekündigten Streichungen für den Mutterschutz, die Herabsetzung der Ausbildungszulagen und andere sogenannte Sparmaßnahmen berauben die Familien der Millionen Arbeiter und Angestellten um Beträge, mit denen sie schon fest gerechnet haben und derentwegen viele von ihnen die CDU/CSU wählten.

Die beiden Gräfinnen Thyssen aber kassierten allein aus den Erträgen der Thyssen-Hütte AG, aus einem von 93 Betrieben dieses Konzerns, in den Jahren 1963/64 7 Millionen DM Profit für sich. Das ist genau die Summe, die 70 000 Arbeitern durch die tarifliche Erhöhung der Arbeitszeit weggenommen werden soll. So sieht die „formierte Gesellschaft“ des Herrn Erhard aus!

50 der größten westdeutschen Aktiengesellschaften verteilen an ihre Aktionäre im Jahre 1965 Profite in Höhe von etwa 7 Milliarden DM. Das ist der gleiche Betrag, den man 10 Millionen Familien versprochen hatte, jetzt aber durch das Sparprogramm vorenthalten will.

„Sparen“ heißt im Bonner Regierungsprogramm, die Profite der Millionäre nicht anzutasten, sondern weiter zu erhöhen. „Sparen“ heißt in Bonn, die immer höher werdenden Rüstungslasten auf die Schultern der arbeitenden Menschen zu legen. Um fast 400 DM pro Kopf und Jahr könnten die Sozialleistungen erhöht werden, wenn die Bonner Regierung gezwungen wird, ihre wahnsinnigen Rüstungspläne aufzugeben. Bereits zum drittenmal soll in diesem Jahr in Westdeutschland eine Anleihe ausgeschrieben werden, um das Rüstungsbudget um 450 Millionen DM zu erhöhen. Das wird die 15. Rüstungsanleihe sein, die die Bundesregierung aufnimmt.

Aus dem Volksbetrug der Erhard/Abs-Regierung ergibt sich zwingend die Notwendigkeit einer Alternative für alle Schichten der Bevölkerung. In engstem Zusammenhang mit den Forderungen der Arbeiterklasse stehen auch die Forderungen nach einer Alternative für die Frauen, für die junge Generation, für den Mittelstand und die Bauern.

Ein Großteil gerade der Frauen hat der CDU/CSU ihre Stimme gegeben. Die Frauen in Westdeutschland aber müssen nun erleben, daß ihr Vertrauen auf die Erhard-Regierung „Sicher gehen – darum CDU wählen“ mit dem Abbau der Leistungen für den Mutterschutz beantwortet wird. Auch sie müssen deshalb der Erhard-Konzeption ihre Alternative entgesetzen. Sie sollen ohne gleichen Lohn für gleiche Arbeit,

ohne Mitbestimmung in Wirtschaft und Politik verstärkt in der Rüstung arbeiten, können sogar dafür dienstverpflichtet werden. Wäre es denkbar, daß Erhard mit einem Federstrich das beschlossene Mutterschutzgeld wieder streichen könnte, wenn die Frauen in Westdeutschland mitzubestimmen hätten?

Wie untauglich und volksfeindlich die Politik der Erhard/Abs-Regierung ist, bekommt besonders die junge Generation zu spüren, die angeblich gerüstet werden müßte, die Geschicke der Nation im Jahre 2000 in Frieden und Glück zu lenken. Gerade sie ist jedoch Gegenstand der wildesten Profitgier der Monopole. Mit Hilfe von Millionen und aber Millionen Heften von Schund- und Schmutzliteratur, die zudem noch die Geldsäcke der Konzernherren füllen helfen, soll die Jugend für die Interessen der Monopole und für das Schlachtfeld bereit gemacht werden. Für eine den Bedingungen einer modernen Gesellschaft dienende Ausbildung ist jedoch in der Mehrzahl der Bundesländer kein Geld vorhanden. Was wirklich not tut, haben junge Gewerkschafter und Studenten gemeinsam in ihren Demonstrationen am 1. Juli d. J. dargelegt, als sie forderten: „Mehr Schulen statt Kasernen“ – „Mehr Professoren statt Generäle!“

Den Bauern wird zugemutet, daß sie durch die Streichung von Subventionen noch stärker als bisher an die großen Banken und Monopole gekettet werden. Heute werden die wirtschaftlich Schwachen der Verschuldung und dem Ausverkauf preisgegeben, morgen können die von Erhard und Abs festgelegten Maßnahmen jeden Bauern treffen. Um das zu verhindern, ist eine Alternative und der Kampf um ihre Durchsetzung notwendig.

Das Programm der Erhard und Abs stößt auf Widerstand. Es ist verständlich, daß die Masse der Arbeiter, der Bauern, der Frauen, der Jugend, der Intellektuellen und Studenten die Auswirkungen der Sparmaßnahmen nicht ohne Widerspruch hinnimmt. Die Monopole rechnen mit diesem Widerstand. So beklagt sich die „Welt am Sonntag“ am 14. November 1965 bitter darüber, daß der Pluralismus einer Wirtschaftsgesellschaft auf den Kanzler zubrandet,

„der heute den unsicheren Boden eines Staates repräsentiert, dem noch die Gesinnung des Staatsvolkes fehlt“.

Unter „Staatsvolk“ verstehen die Monopole, daß die Werktätigen der Bundesrepublik den Raubzug auf ihre Taschen, die Notstandsdictatur und die Kriegsvorbereitungen gehorsam hinnehmen und mitmachen. Das ist die Erhard'sche Neuauflage der Hitlerschen „Volksgemeinschaft“. Und angesichts dieser

reaktionären Politik spricht der Bonner Kanzler großspurig vom Ende der Nachkriegszeit; eine Formulierung, die nicht seinem Geist entsprungen ist, sondern die er aus den Ausführungen des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, gestohlen hat, ohne jedoch die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen. Während Walter Ulbricht davon sprach, daß wir uns dem Ende der Nachkriegszeit nähern und alles tun müssen, um eine neue Vorkriegszeit zu verhindern, ist für Ludwig Erhard die Beendigung der Nachkriegszeit der Übergang zu einer neuen Vorkriegszeit. Die westdeutschen Monopole verstehen unter dieser „Epoche“ eine neue aggressive Machtpolitik gegenüber der eigenen Bevölkerung.

Das großbürgerliche Düsseldorfer „Handelsblatt“ schreibt: „Wahrscheinlich werden sich aber die gesteckten Ziele nicht ohne gesetzliche Maßnahmen erreichen lassen.“ Es sei eine „Selbsttäuschung“, wenn jemand das Gerede von der „formierten Gesellschaft“ so auslege, daß die Arbeiter „auch aus Einsicht das dem Wohl Dienende zu tun bereit“ seien. Und Springers „Welt“ stellt die Frage: Was wird, wenn die Gewerkschaften trotz allem um Arbeitszeitverkürzungen kämpfen? Die Antwort ist klar, dann kommt die Notstandsdictatur. Das meinte auch Erhard, als er sagte: „Besondere Aufmerksamkeit wird auch dem Aufbau der Territorialverteidigung zu widmen sein.“

Noch deutlicher macht das Innenminister Lücke in einem Interview, in dem er betonte, daß es einer Auflockerung des Bodens bei der Notstandsverfassung bedürfe, „die in dem verfehlten Anlauf der 4. Legislaturperiode des Bundestags in den Stacheldrahtverhauen der Gewerkschaften hängengeblieben war“. Das bedeutet, daß die Bonner Regierung alles daran setzt, um mit den Notstandsgesetzen und den angekündigten Strafrechtsveränderungen jeglichen Widerstand gegen ihre sozial-reaktionären Maßnahmen niederzuhalten. In der Durchpeitschung des Notstandsverfassungsgesetzes und seiner Auswirkung erblicken die Monopole das für sie geeignete Instrument zur Verhinderung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter. Der Vorstandsvorsitzende der Farbenfabriken Bayer AG, Kurt Hansen, erklärte, daß der Forderung des DGB ein klares „Nein“ entgegenzusetzen sei. Unternehmerboß Balke meinte, in der Frage der Mitbestimmung könne es keinen Kompromiß geben, da dies eine Existenzfrage des freien Unternehmertums sei.

Diesen Weisungen ihrer Auftraggeber folgend, hat die Bonner Regierung angewiesen, daß Bundeswehr und Bundes-

grenzschutz – wohlgermerkt vor der Annahme des Notstandsverfassungsgesetzes – bereits in verschiedenen Gebieten Westdeutschlands zahlreiche „Aktionen gegen streikende Arbeiter“ zu üben haben. In Möhrenfelden/Hessen probten Grenztruppen die Zerschlagung von Streikdemonstrationen. Ein ähnlicher Probereinsatz fand im Gebiet von Hanau statt, jener hessischen Stadt, in der vor Jahresfrist die große Aktion des DGB gegen den Atomminenplan ihren Anfang nahm.

Die antidemokratische Politik der Monopole kam besonders drastisch auch während der Bundestagswahlen zum Ausdruck. Die Monopole selbst machten sich über diese Wahlen lustig und bezeichneten sie als „Karneval“ und „Wahlzirkus“. Sie verhöhnten und verhöhnten die Wähler, die diese Betrugswahlen ernst genommen haben. Das geschieht ganz im Sinne Erhards, der nicht nur die Wähler verhöhnt, sondern sogar das Parlament kaltstellt. Das mußte selbst der Leitartikel des „Tagesspiegel“ vom 14. November 1965 feststellen, in dem geschrieben steht, daß ein Minister, der, wie Erhard, das Budgetrecht des Parlaments mißachtet und vor der Debatte Einzelheiten absichtlich preisgibt, in England sofort zurücktreten müsse.

Die antidemokratische Politik äußert sich aber vor allem in der Politik der eisernen Faust, die Erhard proklamierte, in Notstandsverfassung und Notstandsmanövern, in der Verfolgung und Diffamierung aller oppositionellen Kräfte. Der traditionelle Widerspruch im imperialistischen Deutschland, der Widerspruch zwischen Macht und Geist, erfährt eine Neuaufgabe in den Versuchen, jede humanistische und demokratische Regung zu ersticken. Der Verbrennung der Schriften von Graß, Kästner, Camus, die unflätigen Angriffe gegen den Autor der „Ermittlung“, Peter Weiß, und die Morddrohung gegen Kai und Lore Lorentzen sind dafür ebenso beredter Ausdruck wie die Beschimpfungen der führenden Männer der evangelischen Kirche in Westdeutschland. Es ist schon wieder soweit, daß Drohungen, die evangelische Industriemission in Wolfsburg in die Luft zu sprengen, daß die Aufforderung an die Umsiedler, angesichts der Denkschrift zur Vertriebenenfrage aus der Kirche auszutreten, Hand in Hand mit der Beschimpfung jüdischer Bürger und der Schändung ihrer Gotteshäuser und Friedhöfe einhergehen.

Die Macht der Monopole widerspricht zutiefst den öffentlich gestellten Forderungen dieser Schichten der Bevölkerung. Sie schafft einen Unterdrückungsapparat gegen das Volk und ist daher antidemokratisch.

Die volksfeindliche Innenpolitik dient zugleich der gegen die Interessen des deutschen Volkes gerichteten aggressiven Außenpolitik. Wirtschaftlich gehören die Monopole der Bundesrepublik zu den mächtigsten der kapitalistischen Welt. Jedoch entspricht ihr politischer Einfluß nicht ihrer wirtschaftlichen Kraft und ihrer militärischen Stärke. Ihnen genügt es nicht, die eigene Bevölkerung auszubeuten. Sie wollen, wie Erhard es in seiner Rede deutlich zum Ausdruck brachte, Europa beherrschen. Was ihnen dazu fehlt — da die Völker weder Ost- noch Westeuropas bereit sind, sich freiwillig dem deutschen Imperialismus unterzuordnen —, ist die Verfügungsgewalt über Atomwaffen.

Ihr Plan eines geeinten Europas unter Führung der deutschen Imperialisten sieht zunächst die Eroberung der Deutschen Demokratischen Republik vor. Dem soll sich, entsprechend der Erhardschen Forderung nach der Wiederherstellung der Grenzen des Deutschen Reiches von 1937, die Eroberung großer Teile der Volksrepublik Polen, die Vertreibung von Millionen Polen, der Krieg gegen die Sowjetunion und die Tschechoslowakei anschließen. Ein solches von den westdeutschen Monopolen beherrschtes Europa soll auch die jungen Nationalstaaten in wirtschaftlicher und politischer Beziehung in Abhängigkeit zur Bundesrepublik bringen. Um diesen wahnwitzigen, allen Realitäten widersprechenden Plan zu verwirklichen, streben die Monopole die Vorherrschaft über Westeuropa und gemeinsam mit den USA die Vorherrschaft in der NATO an. All das steckt hinter jenen Bemerkungen Erhards, mit denen er die Nachkriegszeit als beendet bezeichnet. Wenn er erklärt, der wirtschaftlichen und militärischen Stärke Westdeutschlands müsse jetzt auch die politische Macht entsprechen, dann versteht er — wie alle Kanzler der Monopole vor ihm — darunter den Expansionsdrang des deutschen Imperialismus.

Diesem Raubzugprogramm der Industriellen, der Arbeitgeberverbände, der Generale der Bundeswehr muß ein Programm der echten nationalen Friedens-Alternative entgegengesetzt werden. Das entspricht den Interessen der Bevölkerung Westdeutschlands, und das stimmt überein mit den Interessen der verschiedenen europäischen Staaten, die mit wachsender Besorgnis auf die aggressive Bonner Politik schauen. Heute gerät Bonn immer mehr in Widerspruch selbst zu seinen eigenen Partnern. Auf der UNO-Tagung hat sich die Mehrheit der Staaten gegen die Weitergabe von Kernwaffen ausgesprochen, darunter solche Länder wie Schweden, Dänemark und Finnland. Diese Erklärungen zielen eindeutig auf Bonn.

Für die Forderungen der Monopole und Militaristen nach Verfügungsgewalt über Atomwaffen findet Bonn z. B. auch bei Frankreich, England und Belgien keine Unterstützung. Selbst die NATO-Staaten halten die Erhardschen Forderungen nach den Grenzen von 1937 als nicht vereinbar mit ihren Sicherheitsinteressen.

Aktiv für Frieden, Abrüstung und Verständigung einzutreten ist die Pflicht, die in der gegenwärtigen Situation in besonderem Maße jedem verantwortungsbewußten Menschen auferlegt ist, eine Pflicht, zu der die Christen vom Glauben her gerufen sind. In seiner Enzyklika „Pacem in terris“ nannte Johannes XXIII. das Eintreten für die Abrüstung und für das friedliche Zusammenleben der Völker als die Hauptaufgaben aller Menschen. Bemerkenswert war dabei, daß der Papst die Christen aufforderte, zur Erreichung dieser Ziele mit allen Menschen guten Willens zusammenzuarbeiten.

Unter denen, die am 19. September 1965 der CDU/CSU ihre Stimme gaben, waren nicht wenige, die das im Blick auf das „C“ im Namen dieser beiden Parteien taten. Dabei gingen sie von der Annahme aus, daß sich die Politiker der CDU/CSU durch die zahlreichen Erklärungen und Stellungnahmen höchster kirchlicher Gremien — zum Beispiel des Vatikans und des Weltkirchenrates — für die Sache des Friedens bewegen fühlen müßten, sich in ihrem Handeln von den Grundsätzen christlicher Ethik leiten zu lassen. Auch Paul VI. forderte das in seiner Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 4. Oktober 1965, als er vor den Vertretern dieser Weltorganisation beschwörend ausrief:

„Niemals mehr Krieg, niemals mehr Krieg! Der Friede, der der Friede muß das Geschick der Völker und der ganzen Menschheit leiten!“

Der Papst beließ es auch nicht bei einem solchen allgemeinen Appell. Er nannte — wie sein Vorgänger — die Abrüstung und die Hilfe für die vom Kolonialismus befreiten Völker als konkrete Ziele. Er ging noch weiter, indem er die Meinung vertrat, daß alle Staaten Mitglied der UNO sein sollten. Schließlich formulierte er als wichtigste Verpflichtung für alle Menschen die „Organisierung der brüderlichen Zusammenarbeit unter den Völkern“. Damit macht er ausdrücklich Fragen der Struktur des nationalen und internationalen Lebens zum Aufgabengebiet der Christen, die politische Verantwortung tragen.

Im Gegensatz zu den Forderungen des Papstes steht die Bonner Regierung, wie die Erklärung Erhards vor dem Bun-

destag beweist, nach wie vor auf der Position des kalten Krieges und der Vorbereitung des heißen Krieges. Und dies alles, „auch wenn wir Störenfried genannt werden“, wie Herr Erhard trotzig bemerkte. Das Evangelium fordert jedoch, daß der Christ Friedensstifter sei — nicht Störenfried. Deshalb muß er mit allen seinen Kräften an der Gestaltung einer dauerhaften Friedensordnung mitwirken. Er handelt also nur dann als Christ, wenn er sich tatkräftig für eine friedliche und sichere Zukunft seines ganzen Volkes einsetzt, wenn er zur Verständigung und zur Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen unter den Völkern beiträgt und allen Kriegsplänen entgegentritt, wo immer sie auch geschmiedet werden. Eine Politik in diesem Geiste in Westdeutschland durchzusetzen, darin besteht für die westdeutschen christlichen Bürger die einzig mögliche Alternative zu dem friedens- und verständigungsfeindlichen Programm in Bonn.

Die Forderung der Erhard-Regierung nach Mitverfügung über Atomwaffen wurde von zahlreichen ökumenischen Tagungen der letzten Monate als eine ernste Bedrohung des Friedens charakterisiert.

Wenn es auch einige amerikanische Bischöfe in Unruhe versetzt, so bringen die Katholiken der Welt ihre große Befriedigung über die Beratungen des römischen Konzils zum Schema „Die Kirche in der modernen Welt“ zum Ausdruck. Nach langen Diskussionen wurde der Entwurf der entsprechenden Entschließung neu gefaßt und liegt in diesen Tagen zur Bestätigung vor. In der Neufassung heißt es:

„Was auch immer über dies alles als Strategie gedacht ist, so müssen doch die Christen überzeugt werden, daß die Anhäufung von Kernwaffen, wie sie so viele Nationen anstreben, heute kein geeignetes Mittel ist, den Weg des Friedens zu beschreiten.“

Deutlicher kann wohl die Stellung des Konzils zu den Bestrebungen der Bundesrepublik, in den Besitz von Atomwaffen zu gelangen, nicht charakterisiert werden. Hierin ist die Pflicht jedes westdeutschen Katholiken begründet, der atomaren Bewaffnung oder auch nur dem Mitverfügungsrecht der Bundesregierung über Kernwaffen entgegenzutreten.

Anfang Oktober versammelten sich 200 führende evangelische Kirchenmänner aus allen Kontinenten zur Tagung des Beratungsausschusses für die Fortsetzung der Arbeit der Christlichen Friedenskonferenz. Viele Teilnehmer kamen aus Westdeutschland, aus den USA, England, Frankreich, Holland

und Italien. Sie alle erklärten in einer Resolution im Blick auf die Situation in Europa:

„In diesem Zusammenhang verwerfen wir alle Pläne, wie z. B. MLF und ANF, die eine Weiterverbreitung oder Mitverfügung über atomare Massenvernichtungsmittel bedeuten. Das gilt vor allem für Europa, das noch immer nicht mit den Folgen des zweiten Weltkrieges fertig geworden ist. Solange in Europa noch Forderungen nach Grenzrevisionen erhoben werden, bedeutet jede forcierte Aufrüstung und Forderung nach atomaren Waffen eine Gefährdung des Friedens.“

Diese Gedanken entsprechen zutiefst den Wünschen und Forderungen aller aufrechten christlichen Menschen. — Vier Wochen vorher hatte eine Internationale Studienkommission zum Thema „Frieden und Ökumene“ getagt. An ihr nahmen u. a. der Vertreter des Patriarchen Athenagoras beim Ökumenischen Rat in Genf, Metropolit Emilianos Timiades, Kanonikus Stephans aus Birmingham und weitere Theologen aus Westdeutschland, aus Holland und der Schweiz teil. Die Teilnehmer aus insgesamt 14 verschiedenen Ländern erklärten in einem Kommuniqué, daß

„die Kommission eine neue Zuspitzung der internationalen Lage feststellen mußte. Sie kommt in der militärischen Intervention der USA in Vietnam und in der Dominikanischen Republik, im Ausbau militärischer Stützpunkte, im Streben nach der Verfügungsgewalt über Atomwaffen, wie es sich neuerdings besonders in der Bundesrepublik Deutschland zeigt, zum Ausdruck sowie im Streben nach dem Besitz von Atomwaffen, wo immer in der Welt und in welcher Form es auch sei.“

Es verdient Beachtung, daß hier das Atomwaffenstreben Bonns im Zusammenhang mit der amerikanischen Aggression in Vietnam genannt wird. Dies macht die enge Verbindung des westdeutschen mit dem amerikanischen Imperialismus deutlich. Gerade im Blick auf den barbarischen amerikanischen Krieg in Vietnam wird der Gegensatz der Bonner Politik zu den Wünschen und Forderungen der Weltchristenheit erneut mit großer Deutlichkeit sichtbar. Auch der Zentralausschuß des Weltkirchenrates hat im Sommer dieses Jahres die Einstellung dieses Krieges gefordert.

Der Hauptvorstand der Christlich-Demokratischen Union erhielt vor wenigen Tagen ein von dem katholischen Priester Ho thanh Bien unterzeichnetes Schreiben des Verbindungskomitees der Christen Vietnams aus Hanoi. In ihm heißt es:

„Die aggressiven und kriegslüsternden USA-Imperialisten verstärken einerseits den Aggressionskrieg in Südvietnam, andererseits erweitern sie den Zerstörungskrieg gegen Nord-

vietnam. Mehr als ein Jahr bombardieren sie die Demokratische Republik Vietnam und dringen von Tag zu Tag tiefer in ihr Territorium ein, zerstören viele Krankenhäuser, Schulen, Heilstätten, Pagoden, Ent- und Bewässerungsanlagen, Märkte und dichtbewohnte Dörfer, töten viele Menschen, darunter auch Christen, meistens Frauen und Kinder. Allein 30 Kirchen wurden zerstört bzw. schwer beschädigt.“

Hier wird der schreiende Gegensatz zwischen den von der westdeutschen Regierung unterstützten verbrecherischen Aktionen des USA-Imperialismus gegen das vietnamesische Volk und einer am christlichen Glauben orientierten politischen Haltung sichtbar. Unsere vietnamesischen Freunde, die wir auch von hier aus in Solidarität grüßen, schreiben, daß es gerade ihr christlicher Glaube sei, der sie fest an die Seite des um seine Heimat kämpfenden vietnamesischen Volkes stelle. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß unter denen, die gegen die Unterstützung der amerikanischen Vietnampolitik durch die Bonner Regierung in Westdeutschland protestieren, auch zahlreiche Christen sind. Sie zeigen, auf welche Seite der Christ heute gehört.

Auch in anderer Beziehung zeigt sich in Westdeutschland der wachsende Gegensatz zwischen der politischen Konzeption der Regierung und den politischen Vorstellungen der Kirchen. Der Rat der Evangelischen Kirchen in Westdeutschland hat vor ein paar Wochen eine Denkschrift zur „Lage der Vertriebenen“ veröffentlicht. Darin werden von der Bundesrepublik endlich konstruktive Schritte zur Normalisierung ihres Verhältnisses, vor allem zur Volksrepublik Polen und zur ČSSR, gefordert. Diese den Revanchismus ablehnende, realistische Haltung aber genügt bereits, um die Sprecher der Revanchistenorganisationen auf den Plan zu rufen. Unter Berufung auf die Haltung der Bonner Regierung wurden und werden evangelische Bischöfe und Theologen diffamiert und mit Drohungen überschüttet, die teilweise bis zu Mordandrohungen gehen. Das alles aber geschieht in dem Land, das der Welt weismachen will, Freiheit und Achtung vor der Persönlichkeit gepachtet zu haben.

Besser hätte wohl kaum durch Bonn bewiesen werden können, wie sehr der von Herrn Erhard immer wieder in Abrede gestellte Revanchismus gefördert wird. Besser hätte aber auch kaum der Öffentlichkeit gezeigt werden können, welche Kluft zwischen der revanchistischen Politik dieser Regierung und den am christlichen Glauben orientierten Vorstellungen verantwortlicher Kirchenmänner besteht, die sich erst kürzlich auf der Arbeitstagung der Synodalen der evan-

gelischen Kirche in Westdeutschland in Frankfurt/Main einmütig zur Denkschrift bekannten.

Auf dieser Tagung erklärte der Tübinger Professor Ludwig Raiser, einer der Verfasser der Denkschrift, daß diese dazu auffordern soll, der Wahrheit über die Lage des deutschen Volkes mit mehr Mut ins Auge zu sehen, als das bisher geschehen sei. Er hält es für falsch, die Umsiedler mit juristischen, politischen und theologischen Argumenten in der Illusion zu bestärken, daß es nur kommunistisches Teufelswerk sei, was ihnen die Heimat vorenthalte. Den Versuch der Bonner Politiker – wie er wörtlich sagte –, „mit Karten zu bluffen, die wir gar nicht haben“, kennzeichnete er als eine schlechte Realpolitik und fügte hinzu, daß es mit Vertuschen, Verschweigen und Einschüchterung Andersdenkender nicht mehr getan sei.

Einen Beweis für diese unrealistische Politik des Verschweigenwollens lieferte die Erhard-Regierung erst jüngst mit ihrer Beschlagnahmeaktion gegen die von der polnischen katholischen „PAX“-Vereinigung herausgegebene deutschsprachige Sonderausgabe der Wochenzeitung „WTK“. Die Zeitung enthält bischöfliche Erklärungen und redaktionelle Kommentare zur Entwicklung in den polnischen West- und Nordgebieten. Sie wendet sich mit der eindringlichen Bitte an die westdeutschen Bürger, sich revanchistischen Trugbildern entgegenzustellen und damit solchen zwischenstaatlichen Beziehungen den Weg zu bahnen, wie sie zwischen der Volksrepublik Polen und der DDR bereits seit vielen Jahren bestehen. Die Beschlagnahme dieser Zeitung zeigt, daß sich der Bonner Revanchismus nicht nur gegen die Lebensrechte der polnischen Völker richtet, sondern auch die mahnenden Stimmen der katholischen Kirche in Polen zum Schweigen bringen möchte.

Dasselbe gilt für die Denkschrift des Rates der evangelischen Kirchen in Westdeutschland. Herr Erhard hat es vermieden, auch nur ein Wort dazu zu sagen. Damit kann er jedoch nicht verhindern, daß diese Denkschrift ein gewaltiges Echo in Westdeutschland auslöst. Gerade weil sie eine Alternative zu der unrealistischen Politik der Erhard-Regierung weist, wird sie diskutiert, stellen sich in zunehmendem Maße christliche und andere Persönlichkeiten hinter sie.

Der ehemalige Kultusminister von Baden-Württemberg, Simpfendorfer, hat aus Protest gegen die Haltung der CDU/CSU in der Frage der Oder-Neiße-Grenze sein Amt als Ehrenvorsitzender der CDU von Nordwürttemberg nieder-

gelegt. Er erklärte, daß diese Haltung der CDU/CSU sich nicht mit einer Politik aus christlicher Verantwortung deckt. Die Oder-Neiße-Grenze sei nach einem Krieg gezogen worden, der von einer deutschen Regierung freventlich begonnen, grausam geführt und durch bedingungslose Kapitulation beendet worden sei. An dieser Grenze sei nichts zu ändern. Regierung, Parteien und Funktionäre der Vertriebenenverbände seien sich über diese Tatsache klar, wichen jedoch alle in eine Politik der Illusionen, der Zweideutigkeit und Unglaubwürdigkeit aus.

Schlimmer noch als solche Zweideutigkeit und Unglaubwürdigkeit aber sind die haßvollen Auslassungen von Vertretern der Erhard-Regierung und der CDU/CSU-Führung gegen unsere Nachbarvölker, sind die Beschimpfungen und Entstellungen, mit denen sie immer lauter und unverschämter vor allem unsere Deutsche Demokratische Republik überschütten, mit denen sie uns in der Welt zu diffamieren suchen und mit denen sie Haß gegen unseren Friedensstaat erzeugen und schüren wollen. Selbst Landesbischof Lilje hat auf der Frankfurter Arbeitssitzung der Synodalen gesagt, daß in der Reaktion auf die Denkschrift ein „Phänomen von pathologischem Haß“ sichtbar geworden sei, mit dem sich die Kirche auseinandersetzen müsse.

Es ist geradezu grotesk, kennzeichnet aber die Gedanken und den Charakter dieser Leute, daß sich ihr Haß ausgerechnet gegen diejenigen richtet, die in Deutschland alle Anstrengungen unternehmen, daß der Friede erhalten und gesichert wird, die trotz aller Haßgesänge immer wieder Vorschläge für die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten unterbreiten, die ihre nationale Mission darin sehen, daß ein humanistisches Deutschland geschaffen wird, von dessen Boden niemals mehr ein Krieg ausgehen soll, und die alles verabscheuen, was das friedliche Zusammenleben der Völker stören könnte.

In dieser Situation bietet sich den friedliebenden und fortschrittlichen christlichen Bürgern in Westdeutschland nur die Alternative, an der Seite aller anderen gleichgesinnten Volkskräfte dafür zu sorgen, daß die Herrschaft der Monopole wirklich und endgültig beseitigt und so der Weg frei gemacht wird für ein Deutschland des Friedens und der Demokratie, der Menschlichkeit und der Freundschaft mit den Völkern. Dazu bedarf es jetzt vor allem der Einigung aller nationalgesinnten Kräfte in Westdeutschland.

Nationale Politik hat zur Voraussetzung, daß sie den Interessen des deutschen Volkes entspricht. Es liegt im Interesse

des deutschen Volkes, daß von deutschem Boden niemals mehr ein Krieg ausgeht. Es liegt im Interesse des deutschen Volkes, daß sein Vaterland als friedliebender und demokratischer Staat wiedervereinigt wird und selbst einen Beitrag zur europäischen Sicherheit leistet. Deutsche Politik setzt voraus, daß die bestehenden Realitäten in Rechnung gestellt werden. Deutsche Politik kann also nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß es zwei deutsche Staaten gibt, die, wollen sie nicht im Krieg untergehen, miteinander leben und sich verständigen müssen. Eine solche konstruktive Politik betreibt bisher nur die Deutsche Demokratische Republik. Sie hat die Ursachen des Krieges, die Macht der Monopole, beseitigt. Sie hat ein Programm der Sicherung des Friedens und der Annäherung, der Verständigung und Wiedervereinigung, das von den Realitäten ausgeht. Sie pflegt ehrlich freundschaftliche Beziehungen zu ihren Nachbarn.

In seiner Regierungserklärung sagte Erhard, daß die Bundesregierung – und auch er selbst, wie er betonte – über vieles mit sich reden lasse, darunter auch über Sicherungsgarantien für den Fall der Wiedervereinigung. Nach Bonner Sprachgebrauch heißt das, daß Erhard bereit ist, der Sowjetunion irgendwelche Sicherheitsgarantien zu versprechen, wenn sie zuläßt, daß die westdeutschen Monopole zuvor die DDR schlucken können. Sicherheit für unsere Nation und für Europa aber kann es nur geben, wenn man von den Realitäten ausgeht. Da die wahren Beherrscher der Bundesrepublik dazu weder bereit noch in der Lage sind, kann Europa nur zu Frieden und Sicherheit gelangen, wenn die Macht der westdeutschen Monopole gebrochen wird.

Nicht nur die Millionen SPD-Wähler, sondern auch die meisten jener Männer und Frauen, die am 19. September die CDU, die CSU und die FDP wählten, wollen doch in Frieden leben. Auch sie wollen den persönlichen Wohlstand erhalten und weiter mehren. Auch sie wollen, daß ihre Stimme in der Tat für mehr persönliche Sicherheit, für mehr Sicherheit in Deutschland und Europa spreche. Doch dann muß in Bonn endlich ein anderer Kurs eingeschlagen werden. Diesen kontinuierlichen, auf Frieden, Annäherung und Wiedervereinigung gerichteten Kurs steuert die Deutsche Demokratische Republik bereits seit ihrem Bestehen. Ihn steuert die Nationale Front des demokratischen Deutschland mit größter und an Initiativen reichster Unterstützung der Partei der geeinten Arbeiterklasse, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Nationale Politik kann nur eine Politik im Interesse des Volkes sein, niemals aber jene Welle des Nationalismus, die

heute in der Bundesrepublik regierungsoffiziell hochgepeitscht wird.

Deutsche Politik betreiben heißt, eingedenk der bitteren Lehren zweier Weltkriege vor allem den Frieden zu sichern, auf Atomwaffen und jegliche revanchistischen Forderungen zu verzichten und nach Vereinbarungen über Rüstungsstop und Abrüstung zu streben. Wir sind für die sofortige Verwirklichung solcher Vorschläge.

Deutsche Politik ist es, der Staatsdoktrin die Friedenssehnsucht der Menschen zwischen Oder und Rhein, von der Nordsee bis zu den Alpen zugrunde zu legen. Das tut die Regierung der DDR.

Die Anerkennung der nunmehr seit zwanzig Jahren bestehenden Realitäten, den Weg für Zusammenarbeit und Annäherung beider deutscher Staaten durch die Herstellung sachlicher, gleichberechtigter, von Revanchismus freier Beziehungen zu ebnen — das ist wahrhaft deutsche Politik, wie wir sie mit unseren Vorschlägen und Angeboten seit eh und je verfolgen.

Einen echten Beitrag für das friedliche Zusammenleben und die Sicherheit der europäischen Völker zu leisten und dafür normale Beziehungen aller europäischen Länder mit beiden deutschen Staaten wie auch untereinander zu fördern — das ist deutsche Politik.

Eine solche Politik kann nur von den hohen Idealen der Demokratie und des Humanismus bestimmt werden. Diese Ideale fanden ihren Ausdruck im Potsdamer Abkommen des Jahres 1945, das alle Voraussetzungen dafür schaffen sollte, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht.

Diese Voraussetzungen wurden hier in der Deutschen Demokratischen Republik geschaffen. Geist und Buchstabe des Potsdamer Abkommens wurden getreulich erfüllt. Darin eben liegt die tiefe Ursache für die guten Beziehungen der DDR zu vielen Staaten und Völkern.

Die neue Bundesregierung dagegen kann nicht hoffen, daß ihre Beziehungen zu anderen Staaten besser werden, solange sie an der Hallstein-Doktrin festhält und fremden Regierungen und Völkern in einer Regierungserklärung droht, daß Bonn die Absicht hat, „da und dort als Störenfried zu gelten“.

Uns in der DDR leitete und leitet der Grundsatz, mit ganzer Energie dafür einzutreten, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht und schrittweise die Voraussetzungen für eine Wiedervereinigung Deutschlands geschaffen wer-

den können. Diese Politik werden wir unbeirrbar verfolgen, ganz gleich, welche Regierung in Westdeutschland waltet und leider noch immer die Hebel für die Macht der Millionäre und gegen die Interessen der Millionen schaltet.

Aber die Herren an Rhein und Ruhr mögen sich bestimmt und deutlich sagen lassen: Die nationale Politik unseres Staates, der am 10. Oktober dieses Jahres Christen und Nichtchristen der Deutschen Demokratischen Republik so einmütig ihre Stimme gaben, der sie täglich die Kraft ihres Geistes und ihrer Hände in fleißiger und ehrlicher Arbeit für ein Deutschland des Friedens widmen — diese Politik sind sie auch entschlossen zu verteidigen. Das Streben nach Frieden und Sicherheit hat diesseits der Elbe starke Bundesgenossen in Gestalt der anderen sozialistischen Länder und vor allem der Sowjetunion, deren Territorium das der USA bekanntlich um das Dreifache übertrifft, von der militärischen Potenz nicht zu reden.

Die in der DDR beherzigte Lehre aus der Geschichte besteht vor allem darin, daß die nationale Frage in Deutschland nur durch Freundschaft und Zusammenwirken mit der Sowjetunion, ergänzt durch normale Beziehungen zu den anderen Völkern in Europa, gelöst werden kann. Diese Erkenntnis findet ihren Ausdruck in vielseitigen Beziehungen der DDR zum größten Staat der Erde.

Mögen die Bürger der Bundesrepublik unsere Worte hören: Das Schlimmste für unsere Nation sind die Feindschaft zur Sowjetunion und der Antikommunismus, mit dem die westdeutschen Machthaber jeden verteufeln, der seine Stimme für Frieden und Sicherheit erhebt! Der Antikommunismus ist heute schon mehr als die Grundtorheit unserer Epoche, wie Thomas Mann sagte. Er ist ein Verbrechen gegen die Menschheit und vor allem gegen die Westdeutschen.

Wem es in Westdeutschland also ernst mit der Sicherheit und dem Frieden, mit der Demokratie und dem Wohlstand ist, der muß mannhaft dieser gefährlichen Waffe des psychologischen Krieges entgegentreten, die gegen die Westdeutschen selbst gerichtet ist. Wer Verantwortung für die Geschicke der Nation empfindet, der muß dem antikommunistischen Gift entsagen und nach sachlichen Beziehungen zu den sozialistischen Staaten und vor allem zur DDR streben. Der muß Realitäten als Realitäten erkennen, die sich auch durch Herrn Mendes neuen deutschfeindlichen Duden, durch seine unsinnige und alberne „behördliche Sprachregelung“ für alles, was mit der DDR zu tun hat, nicht übertünchen lassen.

Der Stand der Dinge erfordert gebieterisch, daß alle friedlichen Kräfte in Westdeutschland — und sie sind Legion — nunmehr endlich im parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampf eine echte Allianz des Friedens und der Demokratie bilden. Die Gesellschaft in Westdeutschland hat tatsächlich eine Formierung bitter nötig. Es ist die Formierung der Friedenskräfte gegen ihre Verderber. Es ist die Formierung der schaffenden Menschen zum Kampf dafür, daß der Fleiß der Deutschen, ihr Wille, Leistungen zu vollbringen, endlich der Nation und nicht den wüsten Nationalisten und gierigen Monopolisten dienen.

Der Ausgang der westdeutschen Wahlen und die Bundestags-sitzung in der vergangenen Woche bestärken uns in unserer Überzeugung, daß die nationale Mission der DDR und aller Bürger guten Willens in Westdeutschland vor allem in der Verhinderung eines neuen Krieges von deutschem Boden aus besteht. Deshalb führen wir unsere Politik des Friedens, der Entspannung und Verständigung in Deutschland, unseren Kampf für nationale Wiedervereinigung weiter.

Die DDR wird es an nichts fehlen lassen, um gute Beziehungen zu allen europäischen Völkern und Staaten anzustreben und so ihren Beitrag für Frieden und Sicherheit zu leisten. Diese unsere Politik entspricht den Lebensinteressen der Männer und Frauen, den Zukunftsplänen der Jugend in Westdeutschland. Deshalb fühlen wir uns mit ihnen eng verbunden. Wir erstreben verständnisvolle Zusammenarbeit mit allen, denen Frieden und Demokratie Herzenssache und nicht unchristliche Heuchelei bedeuten. Kein Unterschied in der Weltanschauung, keine ideologische Meinungsverschiedenheit sollte uns an dieser Gemeinsamkeit hindern, da es doch um nichts Geringeres als um den Frieden und die Zukunft Deutschlands geht.

Vor allem Sache der Westdeutschen ist es jetzt, der von der Geschichte in unsere Hände gelegten Verantwortung gerecht zu werden: die Militaristen zurückzudrängen, den bedrohten Frieden zu retten, die Verständigung der Deutschen zu fördern und sich zu diesem Ziel die Hände zu reichen. Gemeinsam wollen wir dafür kämpfen, daß Deutschland zum Zentrum des Friedens in Europa werde. Dann — und nur dann — kann unsere Nation guten Zeiten entgegengehen.

- 104 Ulrich Kutsche: Friede in wehrhaften Händen
- 105 Hans Kistner: Blickpunkt Südafrika
- 106 Dr. Rudl Rost: Die Arbeit mit den Menschen sachkundig organisieren
- 107 Rolf Börner: Fortschrittliche Christen im 19. Jahrhundert und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse
- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik
- 109 Günter Wirth: Vom Schicksal christlicher Parteien 1925–1934
- 110/111 Gertrud Illing: Zum Scheitern verurteilt
- 112 Walter Bredendiek: Emil Fuchs und die Anfänge des Christlichen Arbeitskreises beim Friedensrat der DDR
- 113 Dr. Hubert Faensen: Der Beitrag des christlichen Schriftstellers zur sozialistischen Nationalliteratur
- 114 Prof. Dr. Hans-Hinrich Jenssen: Politische Diakonie im Sozialismus
- 115 Günter Wirth: Weltpolitik und Weltchristenheit
- 116 Gerald Götting: Perspektive und Verantwortung junger Christen im Sozialismus
- 117 Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne: Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und nationale Wirtschaft
- 118 Gertrud Illing: Kreuzzugswahn in Vergangenheit und Gegenwart
- 119 Prof. Dr. Tamás Esze: Der Weg der Reformierten Kirche Ungarns
- 120 Mein Bund ist Leben und Frieden (Die II. Allchristliche Friedensversammlung 28. 6. bis 3. 7. 1964 in Prag)
- 122 Otto Nuschke: Koexistenz — das ist heute der Friede
- 123/124 Johannes Zukertort: Hans von Seeckt
- 125 Gerald Götting: Die Mitarbeit der christlichen Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik dient der friedlichen Zukunft der Nation
- 126 Wolfgang Heyl: Wissenschaftliche Leitungstätigkeit — Voraussetzung neuer Erfolge
- 127 Prof. Dr. Neuhaus: Dauerhafte Friedensordnung durch Vertrauen und Verträge
- 128 Heinz Büttner u. a.: Sieg der Gemeinsamkeit — Glück des Volkes
- 129 Siegfried Welz: Die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz — Prinzip sozialistischer Außenpolitik
- 130 Gerald Götting: Wir gestalten das neue Deutschland
- 131 Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne: Der Aufbau des Systems ökonomischer Hebel in der Planwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik

- 132 Carl Ordnung: Politisches Handeln im Leben und Denken
Dietrich Bonhoeffers
- 133 Dr. h. c. Otto Nuschke: Verantwortung der Deutschen für
Sicherheit und Frieden (Hauptreferat auf dem
4. Deutschen Friedenskongreß im April 1955 in Dres-
den). Mit einer Einleitung von Walter Bredendiek
- 134 Wolfgang Heyl: Drei Parteitage – Worte und Wirklichkeit
in der Politik der CDU/CSU
- 135 Gerald Götting: Zwanzig Jahre Christlich-Demokratische
Union – zwanzig Jahre gemeinsamen Kampfes für
Frieden und Sozialismus, für das Glück des Volkes
- 136 Horst C. Herrmann: 20 Jahre danach – Deutschland und der
Geist von Potsdam
- 137 Pfarrer Károly Tóth: Aufgaben der Kirche in einer sich
wandelnden Welt – Bericht über die 19. Generalver-
sammlung des Reformierten Weltbundes
- 138 Günter Bauer: Wissen ist Macht – Die Mitverantwortung
der christlichen Demokraten für die Ausgestaltung
des sozialistischen Bildungssystems
- 139 Siegfried Baltrusch: Für Deutschlands Frieden und Deutsch-
lands Zukunft
- 140 Wolfgang Heyl: Zwanzig Jahre demokratische Bodenreform
- 141 Erwin Krubke / Gerhard Mischel: „Formierte Gesellschaft“
– „Idee“ und Wirklichkeit des Staatsmonopolismus in
Westdeutschland
- 142 Walter Bredendiek: Reflektierte Geschichte – Die Entwick-
lung der Gesellschaft und die Stellung von Kirche
und Theologie seit 1900 im Spiegel der Lebenserinne-
rungen deutscher Theologen.
- 143 Heinz Büttner: Geordnete Beziehungen – Grundlagen ge-
deltlicher Zusammenarbeit zum Wohle des Volkes